

Niederlande stoppen Zahlungen für abgelehnte Asylbewerber: Was erwartet Amsterdam?

Die niederländische Regierung streicht ab 2025 die Versorgung abgelehnter Asylbewerber. Amsterdam plant, vorerst selbst Kostendeckung zu übernehmen.



Die niederländische Regierung hat eine bedeutende Entscheidung getroffen, die weitreichende Auswirkungen auf abgelehnte Asylbewerber haben könnte. Zum 1. Januar 2025 werden jegliche staatlichen Zahlungen für die Unterkunft und Versorgung dieser Gruppe von Menschen eingestellt. Angeführt von Asylministerin Marjolein Faber, die zur rechten Partei für die Freiheit (PVV) des umstrittenen Politikers Geert Wilders gehört, soll diese Maßnahme dazu dienen, abgelehnte Asylbewerber zur Rückkehr in ihr Heimatland zu bewegen.

Faber erklärte, dass die Regierung die bisherige „Bett-Bad-

Brot“-Regelung, die eine Grundversorgung in fünf großen Städten wie Amsterdam, Rotterdam, Utrecht, Eindhoven und Groningen gewährte, nicht länger aufrecht erhalten wolle. „Ich setze mich für die Rückkehr und nicht für die subventionierte Unterbringung ein“, so die Ministerin. Diese Entscheidung ist sowohl politisch als auch gesellschaftlich brisant und könnte die Situation für tausende von abgelehnten Asylbewerbern in den Niederlanden erheblich verschärfen.

Finanzielle Aspekte der Abschaffung von Sozialleistungen

Die Entscheidung zur Streichung der staatlichen Unterstützung wird mit einem jährlichen Einsparpotential von etwa 30 Millionen Euro begründet, die bislang für die Unterbringung und Grundversorgung aufgewendet wurden. Diese Gelder wurden als kurzfristige Lösung betrachtet, um obdachlos gewordene Asylbewerber zu versorgen und ihre Rückkehr zu fördern. Die fünf Großstädte haben nun die Freiheit, solche Programme auf eigene Kosten fortzuführen, und Amsterdam hat bereits angekündigt, zumindest im kommenden Jahr weiterhin Obdach zu bieten.

Die politische Debatte um Asylpolitik ist in den letzten Monaten intensiv geführt worden. Auch in Deutschland gab es ähnliche Stimmen, wie die des FDP-Politikers Joachim Stamp, der eine Reduzierung von Sozialleistungen für ausreisepflichtige Personen gefordert hat. Stamp stellte die Auffassung in den Raum, dass diese Gruppe lediglich ein Einzelticket für die Rückreise sowie eine geringe Starthilfe erhalten sollte, wodurch die finanziellen Belastungen für die entsprechenden Staaten minimiert werden könnten.

Die Situation führt zu einem doppelten Dilemma: Auf der einen Seite steht der finanzielle Druck auf die öffentliche Hand, auf der anderen Seite gibt es eine moralische Verantwortung gegenüber schutzbedürftigen Menschen. Die niederländische Regierung hat sich jedoch entschieden, den Fokus auf die Rückkehr und nicht

auf die langfristige Versorgung zu legen, was Kritiker der Politik alarmiert zurücklässt.

Die Entscheidung könnte weitreichende Folgen für die betroffenen Menschen haben, die nun in Unsicherheit leben müssen. Fragen zur humanitären Behandlung von Migranten und Asylbewerbern werden in der Gesellschaft wieder laut. Ein Teil der Bevölkerung könnte diese Maßnahme als notwendig erachten, während andere sie als unmenschlich ansehen. In jedem Fall zeigt sich, dass die Thematik der Asylpolitik in Europa weiterhin ein heiß diskutiertes und emotionales Thema bleibt.

dpa/sebe – **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de